



Auslobung

Wohnquartiere stärken, Integration und Teilhabe fördern!

Landesförderung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ 2018

Durch die hohe Zuwanderung und die Auswirkungen des demografischen Wandels stehen zunehmend Wohngebiete vor besonderen sozialen, demografischen sowie integrativen Herausforderungen.

In Groß- und Mittelstädten sind dies vor allem die sogenannten „benachteiligten Wohngebiete“ mit ihren unterschiedlichen Problemlagen. Gerade diese Gebiete erfüllen eine wichtige Funktion als „Ankunftsorte“ sowohl für Geflüchtete, als auch für Deutsche und Menschen aus unterschiedlichen Zuwanderungsgenerationen.

In kleinstädtischen und ländlichen Kommunen zeigen sich zusätzlich die Veränderungen durch den demografischen Wandel: Abwanderung eines Teils und Alterung des anderen Teils der Bevölkerung beeinflussen und beeinträchtigen die Versorgungslage der Gemeinden und gefährden den Zusammenhalt des Gemeinwesens.

Beide Themen - Integration und demografischer Wandel - berühren nicht nur Teilaspekte des gesellschaftlichen Lebens, sondern alle Bereiche des Gemeinwesens in den jeweiligen Dörfern und Städten, Quartieren und Ortsteilen.

Diese umfassenden Herausforderungen brauchen eine ressortübergreifende und integrierte Vorgehensweise unter maßgeblicher Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die niedersächsischen Städte und Gemeinden haben die Herausforderungen einer Erstaufnahme zahlreicher Flüchtlinge erfolgreich gemeistert. Nun gilt es, die zugewanderten Mitbürger zu integrieren. Die Erfahrungen zeigen, dass diese vorrangig in solche Stadtteile ziehen, in denen sie Nachbarn ihrer eigenen Herkunft finden, die ihre Muttersprache sprechen und bei denen sie sich zuhause fühlen. Gleichzeitig ziehen sie in diejenigen Stadtteile, in denen sie bezahlbaren Wohnraum und Chancen auf Beschäftigung finden. Durch eine deutliche Zunahme der Anwohner in den jeweiligen Stadtteilen und Orten können soziale Konflikte dadurch entstehen, dass die soziale Infrastruktur den veränderten Anforderungen nicht mehr entspricht.



Neben der Herausforderung durch größer werdende und dichter besiedelte Stadtteile kommen die Veränderungen durch den demografischen Wandel, insbesondere in kleinstädtischen und ländlichen Kommunen, hinzu: Abwanderung eines Teils und Alterung des anderen Teils der Bevölkerung beeinflussen und verschlechtern die Versorgungslage der Gemeinden. Verschieben sich dann die sozialen Gefüge durch eine steigende Migrationssituation, so ist eine gelingende Integration sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum oft schwer umsetzbar.

Aufgrund dieser Herausforderungen und um die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen zu unterstützen, hat das Land die Modellförderung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ geschaffen. Die Fördermittel werden über diesen Wettbewerb ausgelobt. Im Wettbewerbsverfahren 2017 hat die Jury 16 Projekte für eine Förderung ausgewählt.



1. Die Idee

Mit der neuen Landesförderung in der Stadtentwicklung sollen innovative Projekte zur Förderung der Integration und der Teilhabe finanziell unterstützt werden. Die Niedersächsische Landesregierung hat (wie 2017) für 2018 wieder 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Um die zu fördernden Projekte zügig und wirkungsvoll auf den Weg zu bringen, wurde entschieden, die Fördermittel über diesen Wettbewerb zu vergeben.

Mit dem Wettbewerb sollen Gebiete mit besonderen sozialen, demografischen und integrativen Herausforderungen und ökonomischen, sprachlichen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Benachteiligungen erreicht werden.

Durch die Förderung sollen Gemeinden in die Lage versetzt werden, Konflikte aufgrund kultureller Unterschiede vorzubeugen und die Unterversorgung an sozialer Infrastruktur zu verhindern. Die Einrichtung von Räumen für die soziale Begegnung, Beratung und Unterstützung soll gefördert werden.

Es soll bewusst ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansätze ermöglicht werden, um landesweit für die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort passgenaue Lösungen zu erreichen.

Ziel kann und soll es sein, integrative Handlungsansätze zu entwickeln, die die Gemeinwesenarbeit mit der Stadtteil-, Quartiers- oder Ortsentwicklung verknüpfen. Denn es sollen Erfahrungen gewonnen werden, wie Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Flächenland Niedersachsen etabliert und wie über das sozialraumorientierte Handeln Verbesserungen des Wohnquartiers oder Ortsteils erreicht werden können.

2. Der Wettbewerb

Aufgrund der Vielzahl der möglichen Projekte muss es eine Bestenauswahl geben. Wir laden Sie für den Wettbewerb 2018 herzlich ein. Die dann von der Jury ausgewählten Projekte erhalten für die Umsetzung ihrer Projekte eine finanzielle Zuwendung. Wenn Sie Handlungsansätze haben, die erwarten lassen, dass sie

- ✓ die Strukturen des Wohnquartiers verbessern und städtebaulich behutsam aufwerten,
- ✓ den sozialen Zusammenhalt sichern und die gesellschaftliche Teilhabe fördern,

dann stellen Sie gerne einen Antrag.

Sie können auch für präventive Maßnahmen Ideen einreichen, wenn diese bewirken können, den sich abzeichnenden sozialen, demografischen und integrativen Problemlagen eines Gebietes entgegen zu wirken und so eine soziale Brennpunktbildung zu vermeiden.

Zusätzlich bietet die Modellförderung in einem festgelegten Rahmen Beratung und Unterstützung an.

Der Wettbewerb wird vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Archivstraße 2, 30169 Hannover ausgelobt.



3. Was wird gefördert?

Das Quartier

Die geplanten Maßnahmen sind zielgerichtet in einem sozialräumlich abgegrenzten Projektgebiet (Quartier) durchzuführen. In Kleinstädten sowie Gemeinden im ländlichen Raum können auch mehrere kleine Ortsteile zu einem Gesamtprojekt zusammengefasst werden. Zur Beschreibung des Projektgebiets gehören

- eine genaue Darstellung des Gebiets (Kartenausschnitt, Straßenliste, Begrenzung, Größe der Fläche),
- die ungefähre Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner und
- die bisherige Nutzungsstruktur.



a) Bei Projekten, die dem Auf- und Ausbau von Strukturen der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements dienen, sind insbesondere folgende Maßnahmen förderfähig:

- Aufbau bzw. Weiterentwicklung einer Anlaufstelle vor Ort mit „Kümmerer“- , Vernetzungs-, Beratungs- und Vermittlungsfunktionen,
- Aktivierung und Unterstützung von Selbstorganisation und Beteiligung, Förderung von Selbsthilfe und Partizipation,
- Förderung von Kommunikation, Vernetzung und Kooperation durch den Auf- und Ausbau geeigneter Kooperationsstrukturen mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sportvereinen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Gemeinde,
- Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Stärkung der Integration der verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen im Quartier und Wohngebiet,
- Lokale Anlaufstelle mit bedarfsgerechter Beratung zu unterschiedlichen Fragestellungen, Vermittlung zu Diensten und Angeboten,

- Schaffung und Einrichtung von Räumen der Begegnung zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- Vorbereitung und Umsetzung von Projekten zur Aufwertung der Wohnqualität, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums einschließlich kriminalpräventiver Maßnahmen,
- Maßnahmen zur Verbesserung des Ansehens des Quartiers und zur Öffentlichkeitsarbeit.



b) Bei Projekten, bei denen Gemeinwesenarbeit oder Quartiersmanagement bereits etabliert sind, sind insbesondere auch folgende Maßnahmen förderfähig:

- Qualifizierung von Hauptamtlichen, auch in Einrichtungen, für die Kooperation mit Ehrenamtlichen,
- Unterstützung von Freiwilligeninitiativen,
- Maßnahmen zur Verbesserung von Bildungs- und Beschäftigungschancen durch niedrighschwellige Angebote für alle Generationen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der quartiersbezogenen Zusammenarbeit der Gemeinwesenarbeit mit weiteren Akteuren vor Ort und in der Gesamtkommune,
- Maßnahmen zur Bildung und Unterstützung ehrenamtlicher Trägerorganisationen für Mobilitätsangebote einschließlich investiver Maßnahmen (soweit nicht MW),
- Maßnahmen nach Buchstabe a) zur Verstetigung der aufgebauten Strukturen.

Fördervoraussetzung für Projekte nach Buchstabe b) ist, dass ehrenamtliche oder professionelle Strukturen der Gemeinwesenarbeit oder des Quartiersmanagements gemäß Buchstabe a) bereits etabliert sind.

c) Ausgeschlossen von der Förderung sind:

- bereits begonnene Maßnahmen,
- Pflichtaufgaben des Zuwendungsempfängers,
- Maßnahmen, die bereits nach anderen öffentlich-rechtlichen Finanzierungs- bzw. Förderregelungen Zuwendungen erhalten.



4. Das Bewerbungsverfahren

Am Wettbewerb teilnehmen können Gemeinden, Samtgemeinden, Landkreise, juristische Personen des privaten Rechts, deren Zweck vorrangig nicht auf eine wirtschaftliche Tätigkeit gerichtet ist (z.B. gGmbH) sowie Verbände der Wohlfahrtspflege, kirchliche Organisationen und Kammern.

Der Bewerbungsantrag besteht aus zwei Teilen

- a) dem Antrag auf Förderung (NBank), und
- b) der „Inhaltlichen Projektdarstellung“ (LAG).

Sämtliche Angaben und Unterlagen können online heruntergeladen und ausgefüllt (NBank) bzw. direkt online bearbeitet (LAG) werden.

a) Der Antrag auf Förderung kann bei der **NBank** unter der Internet-Adresse www.nbank.de > *öffentliche Einrichtungen* > *Städtebau* abgerufen werden. Im Antrag sind die für die Bewilligung der Förderung notwendigen Angaben einschließlich eines Kosten- und Finanzierungsplans anzugeben und je nach Projekt weitere notwendige Anlagen hinzuzufügen (näheres s. Antragsformular).

b) Die „Inhaltliche Projektdarstellung“ der **LAG** ist aufrufbar über die Internetseite: www.gwa-nds.de. In dieser „Inhaltlichen Projektdarstellung“ werden online alle Angaben aufgenommen, die für die inhaltliche und konzeptionelle Projektbeschreibung erforderlich sind.

Der Bewerbungsschluss

– für beide Dokumente: a) Antrag und b) Projektdarstellung

a) Der vollständige **Antrag** zzgl. der „Inhaltlichen Projektdarstellung“ als Kopie ist

bis zum 23.05.2018 bei der **NBank**, Günther-Wagner-Allee 12 – 16, 30177 Hannover www.nbank.de einzureichen. Wird der Antrag per E-Mail oder Fax übersendet, so ist das Original noch per Post nachzusenden.

b) Die **Projektdarstellung** ist bei der **LAG** unter www.gwa-nds.de

bis zum 23.05.2018 online aufzunehmen.

Es gilt das Eingangsdatum der E-Mail bzw. des Faxes. Sollte der Antrag nur mittels Postversendung eingereicht werden, gilt das Datum des Poststempels.

5. Die Jury

Die Jury setzt sich aus unabhängigen Fachleuten, Vertretern der Verbände und Vertretern des Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zusammen. Die Jury tagt Ende Juni 2018.

Die Entscheidung der Jury wird den Teilnehmern schriftlich mitgeteilt.

6. Die Zuwendung

Voraussetzungen für die Zuwendung

- Mit der Teilnahme am Wettbewerb ist die Jury-Entscheidung schriftlich anzuerkennen.
- Die Förderziele und die Anforderungen aus dem Bewilligungsbescheid sind einzuhalten.
- Das Einvernehmen der Gemeinde muss vorliegen.
- Bereitschaft zur Beteiligung am Erfahrungsaustausch und den Netzwerktreffen.
- Die Einverständniserklärung zur Nutzung und Veröffentlichung der Projektdaten und Ergebnisse der geförderten Projekte durch MU, LAG und NBank auch auf Internetplattformen. Dies gilt insbesondere auch für die zur Veranschaulichung des Projekts verwendeten Fotografien, Planausschnitte, Zeichnungen und Skizzen.

- Mitwirkung an der Evaluierung des Förderprogramms.
- Weitere und detaillierte Informationen sind u. A. in der Übersicht "Häufig gestellte Fragen" im Download des Förderprogramms Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement der NBank-Internet-Adresse zu finden, <http://www.nbank.de/Öffentliche-Einrichtungen/Städtebau/Gemeinwesenarbeit-und-Quartiersmanagement/index.jsp>

Die Höhe der Förderung

- Die Förderung beträgt 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, pro Projekt maximal 75.000 Euro.
- Führt ein Antragsteller mehrere Projekte durch, kann die Förderung auf insgesamt 150.000 Euro erhöht werden.
- Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Anteilsfinanzierung zur Projektförderung gewährt.
- Sachausgaben und investive Ausgaben sollen ein Drittel der Gesamtkosten des Projektes nicht überschreiten.
- Personalausgaben werden nach den standardisierten Einheitskosten eingeordnet; für eine Vollzeitkraft werden 1.720 Produktivstunden in 12 Monaten berücksichtigt.
- Die Höhe der Zuwendung soll im Einzelfall 10.000 Euro, bei Gemeinden 25.000 Euro nicht unterschreiten.
- Eine Förderung von Teilprojekten aus einer beantragten Gesamtmaßnahme ist möglich.
- Im besonderen Einzelfall sind Ausnahmen durch die Juryentscheidung möglich.

Wie lang ist der Förderzeitraum?

- Der Förderzeitraum darf den 31.12.2019 nicht überschreiten.

Wann können die Projekte gestartet werden?

- Nach der schriftlichen Mitteilung durch das MU über die Auswahlentscheidung der Jury Ende Juni.

Was ist noch zu beachten?

- Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde bewilligt auf der Grundlage der Entscheidung der Jury aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung eines Zuweisungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV und die VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Auslobung Abweichungen zugelassen worden sind. Daneben gelten die ANBest-Gk und die ANBest-P in ihrer derzeit gültigen Fassung.
- Die Teilnehmenden am Förderprogramm legen mit dem Verwendungsnachweis einen Erfahrungsbericht zum geförderten Projekt vor, der vom MU als Grundlage für eine Evaluation herangezogen wird.
- Sofern die Zuwendungsmittel durch Gemeinden, Samtgemeinden oder Landkreise an Dritte weitergeleitet werden, stellt der Erstempfänger den Antrag auf Förderung auf der Grundlage der Anträge der Letztempfänger. Der Erstempfänger bestätigt das Vorliegen der Fördervoraussetzungen.

7. Die Servicestelle

Für die Modellförderung wurde eine Servicestelle bei der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V., Stiftstraße 15 in 30159 Hannover eingerichtet. Die Servicestelle dient der Unterstützung der Zuwendungsempfänger und der am Programm beteiligten Akteure. Die Zuwendungsempfänger werden durch die Servicestelle beraten und bei der Umsetzung der Projekte begleitet. Die Servicestelle organisiert in enger Abstimmung mit dem Umweltministerium und der NBank einen landesweiten Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den geförderten Projekten. Dort haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zur Organisation und zur Umsetzung der Projekte bis hin zum Erfahrungsbericht und zum Verwendungsnachweis zu besprechen und zu klären.

Im Jahr 2018 sind zwei Workshops geplant. Termine und Orte werden auf der Internetseite www.gwa-nds.de bekannt gegeben. Die Vertreter der geförderten Projekte werden per E-Mail eingeladen.

Für nicht ausgewählte Projekte

Antragstellerinnen und Antragsteller von nicht ausgewählten Projekten erhalten auf Wunsch durch die Servicestelle eine fachkundige Beratung, um für einen möglichen weiteren Wettbewerb ihren Projektantrag an die Anforderungen oder Umsetzungsmöglichkeiten anpassen zu können.

8. Ansprechpartner

Für Ihre Fragen zur Landesförderung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ stehen wir Ihnen wie folgt zur Verfügung:

a) Rückfragerunde

Fragen zur Förderung und zur Antragstellung können in der Rückfragerunde gestellt werden.

Sie findet statt am

Montag, den 23.04.2018 von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr,

NBank Hannover, Günther-Wagner-Allee 12 – 16, 30177 Hannover.

b) Ihre persönlichen Ansprechpartner

Bei der NBank

Frau Pluschkat	Tel.: 0511 - 30031 - 378 Fax: 0511 - 30031 - 11 378 E-Mail: gutenachbarschaft@nbank.de
Frau Buchheister	Tel.: 0511 - 30031 - 431 Fax: 0511 - 30031 - 11 431 E-Mail: gutenachbarschaft@nbank.de

Bei der Servicestelle (Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.)

Frau Klatt	Tel.: 0511 - 12312 - 769 Fax: 0511 - 1612503 E-Mail: johanna.klatt@lag-nds.de
Herr Kissling	Tel.: 0511 - 12312 - 669 Fax: 0511 - 1612503 E-Mail: markus.kissling@lag-nds.de

Beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Wohnen

Herr Kuthe	Tel.: 0511 - 120 - 5842 Fax: 0511 - 120 - 99 5842 E-Mail: christian.kuthe@mu.niedersachsen.de
Herr Preul	Tel.: 0511 - 120 - 5859 Fax: 0511 - 120 - 99 5859 E-Mail: volker.preul@mu.niedersachsen.de
Herr Küster	Tel.: 0511 - 120 - 5963 Fax: 0511 - 120 - 99 5963 E-Mail: fabian.kuester@mu.niedersachsen.de